

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche  
**Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik**  
**Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts**

Gleich am Montag hat die Unionsfraktion in einer Sondersitzung über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten, die am vorigen Wochenende in Meseberg stattfand.



(Hier wurde das größte Sparpaket der bundesdeutschen Geschichte geschnürt: Im Gästehaus der Regierung: Meseberg)

Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung für den Haushaltsentwurf 2011 und den Finanzplan bis 2014 ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist.

**Folgende Eckpunkte liegen dem Beschluss der Bundesregierung zu Grunde:**

1. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bereit zu stellen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.

2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden auf den Prüfstand gestellt: In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Sie ist notwendig, um Zusatzgewinne abzuschöpfen und die Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten des Endlagers Asse zu beteiligen. Auch die geplante nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, ist ein richtiger Schritt und wird ihre ökologische und ökonomische Wirkung entfalten.

3. Die Bundesregierung bekennt sich zum System der Sozialen Sicherung, doch auch bei den Sozialleistungen sind Einschnitte unumgänglich. Das Elterngeld wird moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Der Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro im Monat bleibt bestehen.

4. Das Bundesministerium der Verteidigung wird sich ebenfalls an der Konsolidierung des Bundeshaushaltes beteiligen. Dafür ist vorgesehen, dass bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.

5. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schuldenregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, sodass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.

7. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung im Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.

8. Um Finanzmarktkrisen wie die gegenwärtige in Zukunft zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - Haftung und Verantwortung - wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Durch diese Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden.

**Fazit:**

**Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es ist zur Konsolidierung des Bundeshaushalts zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu**

**verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.**

**Nur mit den genannten Maßnahmen wird es möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt:**

**Schulden machen ist unsozial.**

**WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- Verbot von Leerverkäufen
- Job-Center-Reform geht voran

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

**AKTIVITÄTEN DER LANDESGRUPPE**

**Auf den Spuren des Heiligen Jakobus**

Die von Thomas Strobl geführte CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag absolvierte Anfang Juni eine Informationsreise in das nordspanische Galicien.



(Thomas Strobl im Gespräch mit dem Premierminister Galiciens, umringt von Mitgliedern der CDU-Landesgruppe)

Auf dem Programm der CDU-Abgeordneten aus dem deutschen Südwesten standen neben den offiziellen Empfängen durch den Erzbischof von Santiago, Julian Barrio Barrio, und dem Ministerpräsidenten der autonomen Region Galicien, Alberto Núñez Feijóo, von der Partido Popular (PP) auch Pilgeraktivitäten.



In diesem Heiligen Compostelanismen Jahr 2010 begab man sich auf die Spuren des heiligen Jakobus. Dazu gehörte unter anderem der Besuch der Heiligen Messe in der Kathedrale von Santiago mit dem größten Weihrauchkessel der Welt „Botafumeiro“.

### **BESUCHER AUS DEM WAHLKREIS:**

Mehrere Busladungen voll mit Gästen aus dem Unterland besuchten diese Woche den Bundestag. Mit zweien von ihnen konnte Thomas Strobl ausführlich diskutieren.



(Weinsberger Schüler mit Lehrern und Thomas Strobl im Paul-Löbe-Haus)

So stellte er sich z.B. geduldig den kritischen Fragen des Abschlussklassenjahrgangs der Realschule Weinsberg und erläuterte ausführlich und unterhaltsam den interessierten Schülerinnen und Schülern die Kompliziertheit der Finanzmarkt- und Euro-Krise.

Der Seniorenunion des CDU-Stadtverbandes Eppingen unter Frau Tuischer erklärte Thomas Strobl die Sparbeschlüsse von Meseberg und berichtete von seiner neuen Aufgabe als Leiter des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat.

Trotz extremer Hitzetemperaturen im sommerlichen Berlin fanden alle Gäste aus dem Unterland ihren Abgeordneten „cool“ und bedachten seine Ausführungen mit stehendem Applaus.



(Beim Gruppenbild auf dem Reichstagsdach: Die Besucher aus Eppingen)

Thomas Strobl wiederum freute sich über das Gastgeschenk aus der Heimat: Schwäbische Eierspätzle und einige gute Tropfen Unterländer Weins.

### **NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM**

Sag´ es mit Blumen:

Nach diesem schönen Motto verfuhr Thomas Strobl, als er diese Woche seiner Berliner Büromitarbeiterin Brigitte Standke zum Geburtstag gratulierte. Ein herrlicher Strauß Tulpen war sein Mitbringsel und ziert seither den Schreibtisch Frau Standkes, die sich sehr über diese florenale Aufmerksamkeit ihres Chefs freute.



(Schöner Blick aus der Vogelperspektive: Der Tulpenstrauß für Brigitte Standke)

#### Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

#### PRESSEMITTEILUNGEN:



### CDU Baden-Württemberg unterstützt Ursula von der Leyen:

#### Thomas Strobl MdB: „Bürgerarbeit ist richtiger Weg“ (Mitteilung vom 01.06.2010)

Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, unterstützt den Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen MdB, langzeitarbeitslosen Hartz-IV-Empfängern mit sogenannter „Bürgerarbeit“ eine Chance auf Arbeit zu geben: „Wir wollen allen Menschen eine Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz eröffnen. Für viele Langzeitarbeitslose bietet sich auf dem ersten Arbeitsmarkt allerdings keine Chance – und in solchen schwierigen Fällen ist die Bürgerarbeit, die Ministerin von der Leyen vorgeschlagen hat, ein wichtiger und guter Schritt in die richtige Richtung.“ Die Bürgerarbeit, so Strobl, könne etwa darin be-

stehen, Senioren beim Einkaufen zu helfen, in Alten- und Pflegeheimen zur Hand zu gehen oder öffentliche Parks sauber zu halten.



(Die Ministerin für Arbeit und Soziales wird von der CDU Baden-Württemberg unterstützt)

Die Kritik an dieser Initiative aus den Reihen der Grünen und aus der Linkspartei, die die Bürgerarbeit als „Zwangsarbeit zu Niedriglöhnen“ diffamierte, weist Generalsekretär Strobl scharf zurück: „Die kommunistische Linke hat offensichtlich nicht verstanden, dass es eine wichtige Aufgabe ist, allen Menschen mit einer sinnvollen Arbeit einen Lebensinhalt zu geben. Für viele Langzeitarbeitslose bietet sich auf dem ersten Arbeitsmarkt aber keine Chance – und da ist die Bürgerarbeit ein wertvolles Instrument.“ Die Bürgerarbeit als Zwangsarbeit zu diffamieren, sei eine Unverschämtheit.

Thomas Strobl, der auch Vorsitzender der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist, fordert die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen auf, mit Blick auf solche Bürgerarbeit kreativ zu sein und sich Einsatzmöglichkeiten zu überlegen: „Die Arbeitsverwaltungen vor Ort können sich für dieses Projekt bewerben und ich freue mich sehr, wenn viele auch aus Baden-Württemberg diese Möglichkeit wahrnehmen.“ Das Ablehnen eines Angebots zur Bürgerarbeit, so Strobl, müsse freilich auch Konsequenzen, bis hin zur Kürzung des Arbeitslosengeldes II, haben: „Es ist entscheidend, die Balance zwischen Fördern und Fordern zu halten. Der entscheidende Satz ist: Hilfe zur Selbsthilfe.“

### Thomas Strobl zur Schulbilanz:

#### „An der Spitze stehen reicht uns nicht, wir wollen noch besser werden.“ (Mitteilung vom 09.06.2010)

„Im Vergleich zwischen den Bundesländern ist es ein ganz hervorragender Wert, dass bei uns in Baden-Württemberg nur 5,47 Prozent aller Schulabgänger die Schule ohne einen Abschluss verlas-

sen“, erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, zu den gestern vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen, wie viele Absolventen allgemeinbildender Schulen diese ohne Abschluss verlassen:

„Aber es reicht uns nicht, an der Spitze zu stehen: Wir wollen noch besser werden.“ Darum halte die Südwest-CDU an ihrem Ziel fest, das auf dem letzten Landesparteitag in Friedrichshafen formuliert worden ist: „Ausgehend von einer Quote von 5,9 Prozent wollen wir diesen Wert bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode halbieren, denn jeder Jugendliche ohne Schulabschluss ist einer zu viel.“



(Wichtiger denn je: Ein guter Schulabschluss. Die CDU setzt sich für weitere Verbesserungen im Bildungsbereich ein)

Ganz besonders unterstütze Strobl das Anliegen der Kultusministerin Marion Schick, den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln: „Kinder mit Migrationshintergrund sind nicht mehr und nicht weniger begabt als deutsche Kinder.“ Trotzdem sei es so, dass mehr ausländische als deutsche Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen und deutlich mehr deutsche als ausländische Kinder die Hochschulreife erreichen.

„Da müssen und da wollen wir gegensteuern“, so der Generalsekretär. Auch in diesem Zusammenhang verweist Strobl auf einen Beschluss des Friedrichshafener Parteitages aus dem bildungspolitischen Grundsatzpapier ‚Kinderland Baden-Württemberg Plus. Ein Erfolgsmodell schafft Zukunft‘: „Jedes Kind, das eingeschult wird, muss Deutsch

sprechen, denn die deutsche Sprache ist die Grundlage des Bildungserfolges.“

## Zitat zum Schluss:

«Solche Programme sind zu loben und nicht zu zerreden.»



(Der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch am Mittwoch beim CDU-Wirtschaftsrat in Berlin zum geplanten Sparpaket der Bundesregierung.)